

Landkreis Ebersberg

15. Wahlperiode 2020-2026/ULV/18. ULV-Ausschuss



Protokoll

**18. Sitzung des ULV-Ausschusses mit öffentlichem und nichtöffentlichem Teil
am Mittwoch, 30.03.2022 im Saal des ehemaligen Kreissparkassengebäudes,
Sparkassenplatz 1**

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: 18:11 Uhr

Vorsitzender: Robert Niedergesäß

Schriftführerin: Gabriele Huber

Anwesend sind:

CSU-FDP-Fraktion

Föstl, Magdalena

Frick, Roland

Hilger, Franziska

Lechner, Martin

Oswald, Josef

Spitzauer, Leonhard

abwesend ab 17:57 Uhr

GRÜNE-Fraktion

Ackstaller, Ilke

Fent, Niklas

Sarnowski, Thomas von

anwesend ab 14:02 Uhr

FW-BP-Fraktion

Lechner, Thomas

Ried, Toni

abwesend ab 16:11 Uhr

SPD-Fraktion

Poschenrieder, Bianka

AuG ÖDP-Linke

Schweisfurth, Karl

AfD-Fraktion

Schmidt, Manfred

Abwesend sind:

FW-BP-Fraktion

Maurer, Ludwig

entschuldigt

Robert Niedergesäß
Vorsitzender

Gabriele Huber
Schriftführerin

Inhalt:

Öffentlicher Teil

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung; Feststellung der Anwesenheit, Entschuldigungen und Beschlussfähigkeit, ordnungsgemäße Ladung, Einwände zur Niederschrift und Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 2 Bürgerinnen und Bürger fragen
- TOP 3 Personalien
- TOP 4 Haushalt 2021; Bericht über das Jahresergebnis 2021
Vorlage: 2021/0537
- TOP 5 VERTAGT_MVV Regionalbuslinien;
Vorstellung Studie alternative Antriebe im Landkreis Ebersberg
Vorlage: 2022/0636
- TOP 6 Energieagentur gGmbH; Digitaler Energienutzungsplan-Vorstellung erste Ergebnisse
Vorlage: 2021/0520
- TOP 7 Windenergie im Ebersberger Forst;
a) aktueller Stand des Verfahrens,
b) Antrag der SPD-Fraktion vom 25.01.2022
Vorlage: 2022/0623
- TOP 8 Windenergieanlagen im Landkreis Ebersberg; Sachstandsbericht
Vorlage: 2022/0634
- TOP 9 Projekte Klimaschutzmanagement 2021; Abschlussbericht
Vorlage: 2022/0638
- TOP 10 Datenerfassung zur Erarbeitung eines Modells zur energetischen Verarbeitung von Biogenen Reststoffen (Klärschlamm, Biotonne, Landwirtschaft) sowie Restmüll im Landkreis Ebersberg mittels Karbonisierung und Verbrennung; Antrag der Bayernpartei vom 26.01.2022
Vorlage: 2022/0622
- TOP 11 Teilfortschreibung Landesentwicklungsplan (LEP); Antrag Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 23.01.2022
Vorlage: 2022/0609/2
- TOP 12 Gründung der Ebersberger Geothermiegesellschaft; Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 23.02.2022
Vorlage: 2022/0648
- TOP 13 Verbesserung des ÖPNV-Angebots im Landkreis; Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 25.02.2022
Vorlage: 2022/0655
- TOP 14 Aufhebung der Nr. 2 des ULV-Beschlusses zu TOP 6 Ö vom 06.10.2021; Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 10.03.2022
Vorlage: 2022/0659
- TOP 15 Sonnenlandkreis Ebersberg - Solarenergie auf allen kreiseigenen Gebäuden nutzen; Antrag Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 13.03.2022
Vorlage: 2022/0666
- TOP 16 VERTAGT_EBE 13 - Verkehrssituation und Schulweg in Glonn, Feldkirchner Straße; Antrag Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 13.03.2022
Vorlage: 2022/0657

- TOP 17 Bekanntgabe von Eilentscheidungen
- TOP 18 Informationen und Bekanntgaben
- TOP 19 Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung
- TOP 20 Anfragen

Öffentlicher Teil

TOP 1	Eröffnung der Sitzung; Feststellung der Anwesenheit, Entschuldigungen und Beschlussfähigkeit, ordnungsgemäße Ladung, Einwände zur Niederschrift und Genehmigung der Tagesordnung
-------	--

Der Landrat eröffnet die Sitzung, gibt die Entschuldigungen bekannt und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

KR Manfred Schmidt hat einen Einwand zur Niederschrift der Sitzung am 09.02.2022, TOP 4 ö (MVV Regionalbuslinien: Ausschreibung Tangentialverbindung Höhenkirchen-Siegertsbrunn-Kirchseeon, Neuausschreibung MVV Regionalbuslinie 413 sowie Anpassung der MVV- Regionalbuslinien 411 und 453 an das neue Linienkonzept). Im Protokoll wurde auf Seite 8 festgehalten, dass er eine redaktionelle Änderung hinsichtlich des Beschlussvorschlages betreffend der Nummern 1 und 6 angeregt habe. Er bittet das zu korrigieren, denn er habe sich auf die Nummern 1 und 3 bezogen, was ihm der Landrat für die Originalfassung zusagt.

Der Landrat stellt fest, dass es keinen weiteren Einwand gibt. Die öffentliche Niederschrift der 17. Sitzung des ULV-Ausschusses vom 09.02.2022 ist mit dieser Änderung einstimmig genehmigt.

Der Landrat gibt bekannt, dass die Tagesordnungspunkte 5 ö und 13 ö aufgrund des krankheitsbedingten Fehlens des zuständigen Sachbearbeiters vertagt werden.

KR Manfred Schmidt ist mit der Vertagung des Tagesordnungspunktes 13 ö nicht einverstanden, weil er dafür keine sachliche Notwendigkeit sehe, zumal dem Gremium ein ausführlicher Sachvortrag vorliegt.

KRin Bianka Poschenrieder ist mit der Vertagung des Tagesordnungspunktes 5 ö einverstanden, weil sie Wert auf die Anwesenheit des zuständigen Sachbearbeiters legt.

Der Landrat gibt des Weiteren bekannt, dass der TOP 16 ö auf Wunsch der Antragsteller vertagt werde. Der Landrat resümiert: Die Tagesordnungspunkte 5 ö und 16 ö werden vertagt, der TOP 13 ö verbleibt auf Wunsch des Antragstellers auf der Tagesordnung, dem folgt keine Gegenrede.

Die geänderte Tagesordnung ist damit einstimmig genehmigt.

TOP 2	Bürgerinnen und Bürger fragen
-------	-------------------------------

Der Landrat erteilt Catrin Dietl, Vorsitzende des Landschaftsschutz Ebersberger Land e.V., das Wort. Frau Dietl stellt Fragen zum Thema Windkraftanlagen im Ebersberger Forst und zu deren Wirtschaftlichkeit.

Der Landrat erklärt, dass die Fragen schriftlich beantwortet und dem Protokoll als Anlage (1) beigelegt werden.

Der Landrat erteilt Bärbel Zankl, Bürgerin der Gemeinde Oberpfammern, das Wort. Frau Zankl verliest ein Statement zum Thema Klimakrise und zur energiepolitischen Abhängigkeit und stellt hierzu Fragen.

Der Landrat erklärt, dass die Fragen ebenfalls schriftlich beantwortet und dem Protokoll als Anlage (2) beigelegt werden.

TOP 3	Personalia
-------	------------

Der Landrat verabschiedet Johannes Taschner und Max Finster von der unteren Naturschutzbehörde nach fast 40-jähriger Betriebszugehörigkeit in den Ruhestand und überreicht nach einer feierlichen Laudatio jeweils ein Präsent.

Max Finster und Johannes Taschner bedanken sich beim Landrat für die netten Worte und beim Gremium für die intensive Unterstützung bei den Ausgleichsflächen. In ihrer Rede appellieren sie an das Gremium, auf den Landkreis Ebersberg mit seinen Alleinstellungsmerkmalen (zusammenhängendes Waldgebiet/Flusstäler) aufzupassen, denn, so Max Finster, „die Identität einer Heimat finde in der Landschaft einen Spiegel“. Einen Philosophen zitierend schließt Johannes Taschner mit den Worten, dass „die nachfolgenden Generationen uns nicht nur daran bemessen werden, was wir geschaffen haben, sondern auch daran, was wir erhalten haben“.

KR Manfred Schmidt bedankt sich bei Max Finster für sein verdienstvolles Wirken und für seine Auskunft- und Beratungsbereitschaft und erkundigt sich, ob er den ehrenamtlichen Kreistagsmitgliedern noch den einen oder anderen Hinweis oder Ratschlag mit auf den Weg geben wolle. Abschließend wünscht er beiden im Namen der AfD-Kreistagsfraktion einen gesunden, erfüllten und langlebigen Ruhestand.

Max Finster erklärt, dass es ein geballtes Fachwissen in der unteren Naturschutzbehörde gebe und es eine Ehre sei, wenn Kreisrätinnen und Kreisräten sich mit ihren Fragen an sie wenden würden.

TOP 4	Haushalt 2021; Bericht über das Jahresergebnis 2021
-------	---

2021/0537

Sachvortragende(r): Katja Witschaß, Mitarbeiterin SG 14, Finanzen und Beteiligungen

Katja Witschaß berichtet im Rahmen einer Präsentation (Anlage 3 zum Protokoll) über das Jahresergebnis 2021 und informiert über die noch vom ULV-Ausschuss zu genehmigenden Überschreitungen, als auch über den noch ausstehenden Eingang der Zuweisung in Höhe von 400.000 €, über die der Kreistag zu informieren ist.

Auf die Nachfrage von KR Martin Lechner antwortet Brigitte Keller, Finanzmanagerin und Abteilungsleiterin 1 (Zentrales und Bildung), dass der Zuschuss von 400.000 € zwischenzeitlich eingegangen sei.

Es folgt keine weitere Wortmeldung und der Landrat stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der ULV-Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

- 1) Die überplanmäßige Ausgabe auf der Kostenstelle 320 (Kfz-Zulassungsstelle) in Höhe von 137.369 € wird genehmigt.**
- 2) Die überplanmäßige Ausgabe auf der Kostenstelle 325 (Führerscheinstelle) in Höhe von 126.990 € wird genehmigt.**

Der ULV-Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

Dem Kreis- und Strategieausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Der Kreistag wird über den fehlenden Eingang des geplanten Zuschusses in Höhe von 400.000 € für die Investition: 910-13-022 (EBE13 Kreuzung "Schammacher Kreuzung") informiert.



einstimmig angenommen

Ja 15 Nein 0 Anwesend 15

TOP 5	VERTAGT_MVV Regionalbuslinien; Vorstellung Studie alternative Antriebe im Landkreis Ebersberg
-------	--

2022/0636

Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

TOP 6	Energieagentur gGmbH; Digitaler Energienutzungsplan-Vorstellung erste Ergebnisse
-------	---

2021/0520

Sachvortragende(r): Elisabeth Buchmann, Energieagentur Ebersberg-München gGmbH
Tobias Eder, ENIANO GmbH

Elisabeth Buchmann und Tobias Eder stellen im Rahmen einer Präsentation (Anlage 4 zum Protokoll) die Ziele des Projekts „Digitaler Energienutzungsplan Landkreis Ebersberg“ und die ersten Ergebnisse zu den Potentialen der Flächenplanung (Windkraft und Freiflächen-PV) und der Wärme (Wärmekataster und Wärmeträger) vor.

Elisabeth Buchmann und Tobias Eder beantworten zufriedenstellend die Fragen aus dem Gremium.

Der ULV-Ausschuss nimmt den Bericht über die ersten Ergebnisse des Digitalen Energienutzungsplans zur Kenntnis.

TOP 7	Windenergie im Ebersberger Forst; a) aktueller Stand des Verfahrens, b) Antrag der SPD-Fraktion vom 25.01.2022
-------	--

2022/0623

Vorberatung ULV-Ausschuss am 09.02.2022, TOP 9Ö und N15
Sachvortragende(r): Frank Burkhardt, Leiter SG 45, Naturschutz, Landschaftspflege

Frank Burkhardt verweist auf die ausführliche Sitzungsvorlage und informiert, dass am 28.02.2022 die geeigneten Fachbüros, die ihr Interesse bekundet haben, zur Abgabe eines Angebots zur Durchführung der strategischen Umweltprüfung aufgefordert wurden. Nach Ablauf der Abgabefrist am 04.04.2022 werden nächste Woche die anonymisierten Angebote ausgewertet. „Somit wären wir dem Zeitplan sogar eineinhalb Wochen voraus“, erklärt Frank Burkhardt. Und, dass er davon ausgehe, dem ULV-Ausschuss bereits in seiner Sitzung am 18.05.2022 darüber berichten zu können. Er informiert, dass sich die nichtöffentlich tagende interfraktionellen Arbeitsgruppe ‚Windkraft‘ am 01.06.2022 zum ersten Mal treffen werde. Abschließend erklärt er, dass das Projekt durch die Beauftragung der SUP (Strategische Umweltprüfung) fortgeführt werde, was eines der Anliegen im Antrag der SPD-Kreistagsfraktion war.

Auf die im Antrag gestellte Frage „Mit welchem Unternehmen die Fortführung des Projekts von fünf Windkraftanlagen im Ebersberger Forst realisiert werden kann?“ erklärt der Landrat, dass der Landkreis mit allen Partnern und Beteiligten in Kontakt sei und es Gespräche gebe, wobei Green City zuversichtlich sei, das Projekt weiterführen und umsetzen zu können. Der Landkreis habe einen Fachanwalt für Insolvenzrecht beauftragt, so der Landrat weiter, den Landkreis zu beraten. Voraussichtlich werde es sich zur Jahresmitte entscheiden, ob das Vertragsverhältnis zwischen den Bayerischen Staatsforsten und Green City weitergeführt werde oder nicht, was der Landkreis nicht in der Hand habe. Betonen möchte er, so der Landrat weiter, dass, sollte die Green City AG künftig nicht mehr Partner der Bayerischen Staatsforsten oder Inhaber eines Standortsicherungsvertrages sein, es Interesse von ande-

ren möglichen Vertragspartnern gebe, um die Windkraftanlagen im Ebersberger Forst umzusetzen - das Interesse an diesem Projekt sei sehr groß.

KRin und Antragstellerin Bianka Poschenrieder erklärt, dass es ihrer Fraktion wichtig sei, die Bürgerinnen und Bürger über den aktuellen Stand zu informieren, worauf Frank Burkhardt auf die im Rahmen des Bürgerentscheids zum Ebersberger Forst eingerichtete Webseite der Energieagentur München-Ebersberg gGmbH verweist, auf der weiterhin alle aktuellen Informationen hierzu eingepflegt werden.

Auf die Nachfrage von KR Martin Lechner zum Standortsicherungsvertrag antwortet der Landrat, dass der Landkreis mit den Bayerischen Staatsforsten im regelmäßigen Austausch stehe und er eine Zusage des Vorstandsvorsitzenden habe, dass künftige Schritte mit dem Landkreis abgesprochen werden und sie an einer regionalen Lösung interessiert seien. Es gebe auch Kommunen, die Standortsicherungsverträge haben. In diesem Fall, sagen die Fachleute, würde es in Richtung eines Bieterverfahrens gehen, was eine mögliche Neuorientierung betreffen würde. Allerdings, so der Landrat weiter, würden die Bayerischen Staatsforsten auf eine langjährige vertragliche Partnerschaft mit der Green City AG zurückblicken und würden nur aus gutem Grunde einen Vertragswechsel anpeilen. Der Landkreis stehe in Kontakt und im Austausch mit den Bayerischen Staatsforsten, von daher denke er nicht, dass eine Lösung am Landkreis vorbeigeplant werde. Wichtig war von Anfang an, dass es ein regionales Projekt werde, an dem sich die Bürgerinnen und Bürger beteiligen können. Wie es weitergehe werde sich in den nächsten Wochen und Monaten ergeben, so der Landrat abschließend. Die Option, dass der Landkreis den Standortsicherungsvertrag selbst übernehmen würde, müsse im Kreistag beraten werden.

KR Toni Ried appelliert an die Gremiumsmitglieder, nicht mit Verbissenheit an diesem Projekt festzuhalten. Seines Erachtens sei es umweltschädlich Windkraftanlagen im Ebersberger Forst aufzustellen. Für ihn gebe es keine andere Lösung als das Projekt abzulehnen. Er bittet, es nicht persönlich zu nehmen, aber er halte es für „Tendenz schwachsinnig“, das Projekt mit Verbissenheit fortzusetzen.

KR Manfred Schmidt erklärt, dass für ihn die Verzögerungen sehr willkommen seien, weil er hoffe, dass die Vernunft obsiege und der Ebersberger Wald dadurch als Juwel des Landkreises gerettet werden könne. Er verweist in seinem Statement auf zwei Standbeine, die der Landkreis für die Klimawende verwenden könne. Zum einen durch die Renaturierung der im Landkreis zahlreich vorhandenen trockengelegten Moore und zum zweiten, die Geothermie, die den Vorteil der Grundlastfähigkeit gegenüber Wind und Sonne habe. In seinem engagierten Statement für Geothermie erläutert er die mögliche Finanzierung des 25 Mio. € teuren Projektes über Bürgerbeteiligung und erklärt, dass er und seine Frau beabsichtigen 10.000 € hier zu investieren. Er appelliert, die Finanzierung zur Geothermie bereits jetzt einzuleiten, um für den Tag X bereit zu sein.

Der Landrat weist darauf hin, dass das Thema Geothermie zu einem späteren Tagesordnungspunkt komme.

Eingehend auf das Statement von KR Schmidt merkt KR Leonhard Spitzauer und Bürgermeister der Gemeinde Vaterstetten an, dass der ULV-Ausschuss sowie der Kreistag den größten Finanzierungsbeitrag leisten könne, indem sie die Kreisumlage „ein wenig im Zaun

halten“, denn, je mehr finanzielle Ressourcen die Gemeinde habe, desto besser könne sie das Geothermieprojekt (ggf. auch mit Partnern) umsetzen. Zum aktuellen Tagesordnungspunkt regt er aufgrund der Planungskostenvereinbarung an, eine „Zwischenrechnung“ an die Green City AG zu stellen, um deren Solvenz zu prüfen.

KR Thomas von Sarnowski merkt an, dass es die Windenergiebranche in Bayern durch die langjährigen Planungszeiträume von ca. 10 Jahren nicht leicht habe und durch die Vorfinanzierung es zu Insolvenzen führen könne. Er hofft, dass künftig viel Bürokratie abgebaut werden könne und geht kurz auf das Oster- und Winterpaket aus dem Klima- und Wirtschaftsministerium der Bundesregierung ein. Er erklärt, dass der Windstrom ein verlässlicher Energielieferant sei, der auch die Strompreise senke. Er bedauert, dass nicht noch mehr Windräder im Landkreis stehen, um das Potential zu ernten. Er bedankt sich für den Beschlussvorschlag, den er als Signal verstehe, dass es vorangehe.

Der Landrat schlägt vor, dem Beschlussvorschlag den Vorschlag der Verwaltung (Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 25.01.2022 ist geschäftsordnungsgemäß erledigt) als Ziffer 3 hinzuzufügen, dem keine Gegenrede folgt.

Der Landrat stellt den ergänzten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der ULV-Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

- 1. Der ULV-Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.**
- 2. Die Verwaltung berichtet auch weiterhin regelmäßig über den Stand des Verfahrens.**
- 3. Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 25.01.2022 ist geschäftsordnungsgemäß erledigt.**



angenommen

Ja 13 Nein 2 Anwesend 15

TOP 8	Windenergieanlagen im Landkreis Ebersberg; Sachstandsbericht
-------	--

2022/0634

Vorberatung

ULV-Ausschuss am 28.07.2021, TOP 6ö

Sachvortragende(r):

Dr. Lisa Rütgers, Klimaschutzmanagerin Landkreis Ebersberg

Dr. Lisa Rütgers verweist auf die Sitzungsvorlage, in der neben der Historie und der technischen Daten darüber berichtet wird, dass zusätzlich zu den geplanten fünf Windrädern im Ebersberger Forst weitere 21 notwendig seien. Da die möglichen Standorte auf Gemeindegrund liegen, wurde bei den Gemeinden angeregt, gemeinsam nach Standorten zu suchen. Hierfür habe Professor Dr. Schöbel von der Technischen Universität München ein Teilraumkonzept entwickelt, das die Zusammenarbeit der Gemeinden und die Standortsuche erleichtern soll. Dieses wurde in der Sitzung des ULV-Ausschusses am 28.07.2021 vorgestellt. In den Bürgermeisterdienstbesprechungen berichteten die Bürgermeisterinnen und Bürger-

meister jeweils zum Fortschritt der Planungen. Die Energieagentur Ebersberg-München gGmbH erstellte ein Unterstützungsangebot für die Gemeinden. Nun liegen auch die Potentialflächen für Windenergieanlagen im Landkreis Ebersberg als erste Ergebnisse aus dem digitalen Energienutzungsplan vor. Die Grundlagen für die Standortplanung seien nun geschaffen. Eine entsprechende Übersicht werde zurzeit erstellt, wobei die Gemeinden gebeten wurden, über den jeweils aktuellen Stand zu berichten.

Dr. Lisa Rütgers informiert, dass die Ergebnisse zunächst in der Bürgermeisterdienstbesprechung am 04.04.2022 diskutiert und dann entsprechend im ULV-Ausschuss am 18.05.2022 präsentiert würden.

Es folgt keine Wortmeldung.

Der Landrat bittet um Kenntnisnahme des Sachstandsberichts.

Der ULV-Ausschuss nimmt den Sachstandsbericht zu den Windenergieanlagen im Landkreis Ebersberg zur Kenntnis.

TOP 9	Projekte Klimaschutzmanagement 2021; Abschlussbericht
-------	---

2022/0638

Sachvortragende(r): Dr. Lisa Rütgers, Klimaschutzmanagerin des Landkreises Ebersberg

Dr. Lisa Rütgers stellt anhand einer Präsentation (Anlage 5 zum Protokoll) ihre Projekte des vergangenen Jahres vor (Anmerkung: schwarz/passiert, rot/Zukunft, grün/Vorteil), die sie im Rahmen ihrer Vollzeitstelle und einem „Extra“ an Stunden aktualisiert, initiiert, koordiniert und optimiert habe, um die Klimaziele des Landkreises zu erreichen. In der nächsten Sitzung des ULV-Ausschusses, so Dr. Rütgers, soll über mehr Kapazitäten im Bereich Klimaschutzmanagement beraten werden.

Der Landrat bedankt sich für ihr Engagement und für die tolle Präsentation und erklärt, dass die Klimaschutzmanagerin der eine Part und die Energieagentur der andere sei, womit der Landkreis „zwei starke Instrumente“ habe. Es gebe auch Anträge aus dem letzten Jahr, sich im Rahmen der Stellenplanberatungen 2023 über personelle Strukturen auszutauschen. In der letzten Sitzung wurde dem ULV-Ausschuss und heute Vormittag in der Führungskräftebesprechung das dezentrale Klimaschutzmanagement in den Sachgebieten von Frau Dr. Rütgers vorgestellt, so der Landrat. Vorübergehend habe Frau Dr. Rütgers durch eine Praktikantin eine Verstärkung an ihrer Seite. Berücksichtigt werden müsse, so der Landrat, dass der Landkreis Ebersberg nicht aus eigener Kraft die Klimawende schaffen könne. Es brauche die Gemeinden, die Bürgerinnen und Bürger sowie Gesetze auf Landes- und Bundesebene, nur dann können die Klimaziele insgesamt erreicht werden. Der Landkreis könne anschieben, vernetzen, fünf Windräder im Ebersberger Forst bauen, was er auch nutze und realisiere, aber er könne nicht die Gemeinden anweisen Windräder zu bauen. Dem Landkreis könne nicht die Schuld gegeben werden, wenn die Klimaziele nicht erreicht würden, denn, so der Landrat und zitiert KR Lechner: „Er tue alles, was er könne.“ Es gebe natürlich noch ein „Stück weit Luft nach oben“, so der Landrat weiter, indem das Klimaschutzmanagement mit mehr Kapazitäten noch mehr anschieben könnte, aber der Landkreis habe im Rahmen seiner Möglichkeiten Grenzen. Daher sei er dafür, die vorhandene Struktur weiter

zu nutzen, denn die Energieagentur werde regelmäßig an Personal und an Strukturen ausgebaut, die sich mit verschiedenen Themen beschäftige. Er sei gespannt, so der Landrat, was die Bundesregierung und das Europaparlament auf den Weg bringe, denn der Landkreis könne keine Gesetze erlassen – es brauche alle und der Landkreis wolle seinen Beitrag dazu leisten. Der Landkreis könne stolz darauf sein, was er bisher an Strukturen schon aufgebaut habe, so der Landrat abschließend.

KR Thomas von Sarnowski bedankt sich bei Frau Dr. Rütgers für den beeindruckenden Vortrag und merkt an, dass sie alle Unterstützung von den Kreisrätinnen und Kreisräten verdient habe und erklärt, dass er noch viel Potential im Ausbau von Solaranlagen an den landkreis-eigenen Liegenschaften sehe. Er hofft, dass das Personal im Klimaschutzmanagement sowie das entsprechende Budget für den Klimaschutz ausgebaut werden könne.

KR Martin Lechner erklärt, dass seines Erachtens viele von Frau Dr. Rütgers vorgestellte Projekte von der Energieagentur Ebersberg-München gGmbH erledigt werden hätten müssen. Es müsse zwischen den Aufgaben der Energieagentur und dem Klimaschutzmanagement des Landkreises eine klare Abgrenzung erfolgen, so KR Lechner. Er habe durch den Vortrag den Eindruck gewonnen, dass viele Projekte vermischt seien. Die Klimaschutzmanagerin sei primär für den Landkreis und dessen Liegenschaften sowie für die Verwaltung im Landratsamt zuständig. Der Kreistag und seine Ausschüsse müssen auch den Kreishaushalt im Auge behalten, so KR Lechner abschließend.

Der Landrat merkt an, dass die Aufteilung zwischen den Aufgaben des Klimaschutzmanagements und der Energieagentur vermutlich schwierig sei, aber nochmals versucht werden sollte. Er nehme das als Hausaufgabe mit.

KRin Ilke Ackstaller merkt an, dass ihres Erachtens eine Teilung von Energieagentur und Klimaschutzmanagement nicht möglich sei, denn alles was von den Gremien initiiert werde, gehe über die Klimaschutzmanagerin, wie z.B. EEA. Die Energieagentur sei zwar eigentlich ein eigenständiger Betrieb, aber die Verbindung zum Klimaschutzmanagement müsse ihres Erachtens da sein, so KRin Ackstaller.

Brigitte Keller, Finanzmanagerin und Abteilungsleiterin 1 (Zentrales und Bildung) antwortet, dass sie die Aussage von KRin Ackstaller relativieren müsse, denn, die Klimaschutzmanagerin sei eine Beschäftigte des Landkreises und die Energieagentur eine Firma des Landkreises in Form einer gGmbH. Auf keinen Fall soll eine Mitarbeitern des Landkreises als Schnittstelle zur Erarbeitung von Projekten in der Energieagentur fungieren, so Brigitte Keller, denn hierfür sei der Aufsichtsrat der Energieagentur zuständig. Wenn der ULV eine Maßnahme für die Energieagentur entwickeln möchte, so Brigitte Keller weiter, werde dies über den Aufsichtsratsvorsitzenden an die Energieagentur eingesteuert und dort erledigt. In den vergangenen Jahren wurde das bereits so gehandhabt. Es sei nicht richtig, so Brigitte Keller abschließend, davon auszugehen, dass die Klimaschutzmanagerin ein Bindeglied im Sinne von Auftragserledigung der Energieagentur sei, denn es gehe alles über den Aufsichtsrat der Energieagentur.

KR Josef Oswald erklärt, dass die Projekte gut seien und Frau Dr. Rütgers mit viel Elan arbeite. Letztendlich gehe es aber darum, dass Mehr immer besser sei, so KR Oswald. Allerdings belaste ein Stellenausbau des Landkreises über die Kreisumlage die Gemeinden und deren Ressourcen. Das meiste, was umgesetzt werden müsse sei nicht beim Landkreis, sondern bei der Bevölkerung und der Industrie, was der größte Hebel sei und dies gelte es, herauszufinden, dann brauche es auch nicht so viele Projekte. Mit Blick auf die Kreisumlage

und der damit einhergehenden Belastung der Gemeinden, stelle sich ihm die Frage, so KR Oswald, an welcher Stelle das Gremium im Landkreishaushalt zugunsten der Mehrausgaben für Klimaschutz einsparen wolle.

KR Niklas Fent erklärt, dass die Klimaschutzmanagerin den Abwägungsprozess bereits mache und dieser damit bereits erledigt sei. Es brauche mehr Ressourcen für die rund 30 Projekte, die koordiniert werden müssen. Ein Projekt, für das es noch kein Konzept für den Landkreis gebe, so KR Fent, sei die Anpassung an die Klimafolgen. Von daher sei er dafür, „Gas zu geben“ und Frau Dr. Rütgers die Ressourcen bereitzustellen.

Der Landrat bedankt sich für die Debatte.

Der ULV-Ausschuss nimmt den Bericht über die Projekte des Klimaschutzmanagements 2021 zur Kenntnis.

TOP 10	Datenerfassung zur Erarbeitung eines Modells zur energetischen Verarbeitung von Biogenen Reststoffen (Klärschlamm, Biotonne, Landwirtschaft) sowie Restmüll im Landkreis Ebersberg mittels Karbonisierung und Verbrennung; Antrag der Bayernpartei vom 26.01.2022
--------	---

2022/0622

Vorberatung

ULV-Ausschüssen am 27.11.2017, TOP 3 und 26.09.2018, TOP 6

Sachvortragende(r):

Johannes Dirscherl, Leiter SG 16, Abfallwirtschaft und Kreisstraßen

Johannes Dirscherl hält einen Sachvortrag und geht dabei auf die im Antrag angeforderten Daten ein, die der Sitzungsvorlage als Anlage beigefügt sind.

KR und Antragsteller Thomas Lechner erläutert den Antrag der Bayernpartei.

Auf den Vorschlag von KR Lechner eingehend, mit dem Ergebnis nochmals vorstellig werden zu wollen, erklärt KR Martin Lechner, dass der ULV-Ausschuss zur energetischen Verarbeitung von Biomüll schon viel Zeit damit verbracht habe.

Der Landrat merkt an, dass durch die Übermittlung der angeforderten Daten der Antrag geschäftsordnungsmäßig erledigt sei, dem keine Gegenrede folgt.

Der ULV-Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

Der Antrag der Bayernpartei vom 26.01.2022 ist geschäftsordnungsgemäß erledigt.



einstimmig angenommen

Ja 13 Nein 0 Anwesend 13

TOP 11	Teilfortschreibung Landesentwicklungsplan (LEP); Antrag Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 23.01.2022
--------	--

2022/0609/2

Eingehend auf den Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 23.01.2022 erklärt der Landrat, dass die Punkte (Die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans (LEP) wird als Tagesordnungspunkt aufgenommen/Falls es schon einen Entwurf einer Stellungnahme seitens der Verwaltung gibt, wird diese vorgestellt) von Seiten der Verwaltung erfüllt seien. Offen seien noch die beiden letzten Punkte (Den Mitgliedern des ULV und des KSA wird die Möglichkeit gegeben, eigene Beurteilungen und Anregungen vorzustellen und zu diskutieren/Nach gemeinsamer Abstimmung gibt letztendlich der Kreisausschuss eine Empfehlung an die Verwaltung, die Anregungen seitens des Ausschusses bei der Stellungnahme zur Teilfortschreibung des LEP zu berücksichtigen), wobei die Kreistagsfraktionen SPD, Bündnis 90 / Die Grünen sowie die AfD bis zur Ladung dieses Gremiums ihre Anträge eingereicht haben. Jetzt gelte es, so der Landrat, noch eine gemeinsame Empfehlung des ULV-Ausschusses abzugeben.

Um nicht über jeden einzelnen Antrag jetzt diskutieren zu müssen, schlägt KR Leonhard Spitzauer folgendes Verfahren vor: Die Stellungnahme des Landratsamtes Ebersberg zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms (LEP) vom 15.03.2022 wird zusammen mit den eingegangenen Anträgen der Fraktionen an das Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie weitergeleitet.

KR und Antragsteller Thomas von Sarnowski merkt an, dass das eigentliche Ziel des Antrages eine gemeinsam formulierte Stellungnahme des ULV-, KSA-Ausschusses sein hätte sollen. Er hätte sich dadurch mehr Deutlichkeit im LEP zu Wind- und Solarkraft sowie zur 3. Startbahn gewünscht, zumal es für letzteres einen Kreistagsbeschluss gebe.

KRin Bianka Poschenrieder merkt an, dass das LEP in die Zuständigkeit des ULV-Ausschusses falle und sie es großartig finde, gefragt zu werden. Als Kreisrätin hätte sie sich von der Verwaltung einen Vorschlag gewünscht, ergänzt um die eingereichten Anträge der Fraktionen, über den der ULV-Ausschuss diskutieren und sich einigen hätte können. Aufgrund der Kurzfristigkeit (Abgabefrist bis zum 01.04.) könne jetzt nicht über die Anträge der Fraktionen einzeln beraten werden, daher stimme sie dem Vorschlag von KR Spitzauer zu. Sie bittet, die Fraktionen vor der nächsten Aktualisierung der LEP frühzeitig zu informieren. Sie bedankt sich bei der Verwaltung, weil in deren Stellungnahme viele wichtige Punkte aufgegriffen wurden.

Brigitte Keller, Finanzmanagerin und Abteilungsleiter 1 (Zentrales und Bildung) erklärt, dass mit Schreiben vom 14.01.2022 der Bayerische Landkreistag dem Landratsamt die Möglichkeit zur Stellungnahme gegenüber dem Bayerischen Landkreistag gab. Die Verwaltung habe die Chance genutzt. Das Gremium wurde am 02.02. darüber informiert. Als „erste Schiene“, so Brigitte Keller, habe das Landratsamt/der Landrat mit seiner Verbandsstehungnahme den Bayerischen Landkreistag bedient. Als „zweite Schiene“ erfolge die politische Stellungnahme des Kreistags innerhalb der zwei Monate gegenüber dem Wirtschaftsministerium, wobei Einigung bestand, so Brigitte Keller, das dem ULV-Ausschuss aufgrund der Kurzfristigkeit zu übertragen. Ihres Erachtens gestalte es sich als schwierig, hier eine einheitliche Empfehlung des Gremiums zu erstellen und zu beschließen, sodass es vernünftig sei, die Stellungnahme

des Landratsamtes mit den eingereichten Anträgen an das Ministerium weiterzuleiten, was dem Leser die politische Vielfalt zum Ausdruck bringe.

Der Landrat schlägt vor, die Stellungnahme des Landratsamtes mit den Anträgen der Fraktionen an das Ministerium zu senden¹ (sh. Protokollnotiz), um damit das gesamte Volumen darzustellen.

KR Manfred Schmidt merkt an, dass der Vorschlag des Landrats vernünftig klinge und er damit einverstanden sei, wenn die Anträge unkommentiert dem Wirtschaftsministerium vorgelegt würden. Er verliert den Antrag der AfD-Kreistagsfraktion.

Der Landrat hat zwischenzeitlich einen Beschlussvorschlag formuliert, den er dem Gremium verliert; es folgt keine Gegenrede.

Der Landrat stellt den neu formulierten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der ULV-Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

- 1. Der ULV-Ausschuss leitet die Stellungnahme des Landratsamts Ebersberg zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms (LEP) vom 15.03.2022 zusammen mit den korrespondierenden Anträgen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der AfD dem Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie im Rahmen von Anhängen zu.**
- 2. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23.01.2022 ist damit geschäftsordnungsgemäß erledigt.**



angenommen

Ja 12 Nein 2 Anwesend 14

TOP 12	Gründung der Ebersberger Geothermiegesellschaft; Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 23.02.2022
--------	---

2022/0648

Vorberatung

ULV-Ausschuss am 06.10.2021, TOP 12 ö

Sachvortragende(r):

Dr. Lisa Rütgers, Klimaschutzmanagerin des Landkreises Ebersberg

KR und Antragsteller Manfred Schmidt erläutert den Antrag der AfD-Kreistagsfraktion zur Gründung der Ebersberger Geothermiegesellschaft, bestehend aus den Gemeinden Vaterstetten und Zorneding, evtl. auch zusammen mit den Städten Ebersberg und Grafing, dem Markt Kirchseeon sowie dem Landkreis Ebersberg und empfiehlt, diesem zuzustimmen.

¹ Protokollnotiz:

Die E-Mail vom 31.03.2022 nebst Anlagen (Schreiben von Landrat Niedergesäß an BLKT Dr. Christian Hofer bezüglich LEP, Stellungnahme Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP), der Beschlusstext zur Resolution zur 3. Startbahn sowie die Stellungnahmen der Kreistagsfraktionen AfD, Bündnis 90/ Die Grünen und SPD) liegen dem Protokoll als Anlagen 6 bis 12 bei.

Dr. Lisa Rütgers hält einen Sachvortrag anhand einer Präsentation (Anlage 13 zum Protokoll) und geht dabei auf den aktuellen Stand der Geothermie im Landkreis, die möglichen Schritte der Gemeinden und des Landkreises ein, wobei sie erklärt, dass die Initiative von den Gemeinden ausgehen müsse.

Der Landrat geht kurz auf die Historie dieses Projektes in der Gemeinde Vaterstetten ein und erklärt, dass der Landkreis nur anschieben und koordinieren könne, denn dies sei ein klassisches Thema der Gemeinden.

KR und Bürgermeister der Gemeinde Vaterstetten Leonhard Spitzauer erklärt, dass er in Kontakt mit der 3E-Genossenschaft Vaterstetten und Zorneding sei und es Gespräche zu einer Bürgerbeteiligung gebe; allerdings befinden sie sich hierzu ganz am Anfang

KRin und Gemeinderätin der Gemeinde Zorneding Bianka Poschenrieder fügt ergänzend hinzu, dass ihre Gemeinde von Anfang an miteingebunden wurde und sich daran beteilige, weil ein Teil des Aufsuchungsbereichs in das Zornedinger Gemeindegebiet reiche. Ihre Gemeinde unterstütze das Projekt soweit es gehe. Es gebe auch einen Gemeinderatsbeschluss, in dem der Bürgermeister beauftragt wird, dieses Thema weiterzuverfolgen. Die Geothermie sei Gemeindesache und unterliege nicht der Entscheidung des Kreistages.

KR und Antragsteller Manfred Schmidt merkt an, dass für ihn klar sei, dass die Federführung bei der Gemeinde Vaterstetten liege, aber der Landkreis könne als Partner an einer Gesellschaft dabei sein und sich daran beteiligen. In seinem Beschlussvorschlag stehe, dass die Verwaltung beauftragt werde, bei den im Betreff genannten Gemeinden baldmöglichst das Gründungsinteresse für eine gemeinsame Geothermiegesellschaft zu erkunden und ggf. zu wecken. Im Falle allseitigen Interesses erarbeitet die Verwaltung in Abstimmung mit diesen Partnern den Entwurf eines Gesellschaftsvertrages zur Vorlage in der nächstmöglichen Sitzung. Er verstehe nicht, was dagegenstehe; denn das Projekt solle gefördert und breiter aufgestellt werden. Die 3E-Genossenschaft habe nur wenige Mitglieder und könne das Projekt mit rund 25 Mio. € nicht alleine stemmen, von daher sollten alle interessierten Bürgerinnen und Bürger des Landkreises mitmachen können.

Der Landrat stellt keine weitere Wortmeldung fest und stellt den Antrag der AfD-Kreistagsfraktion zur Abstimmung.

Der ULV-Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

Abstimmung über den Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 23.02.2022:

Die Verwaltung wird beauftragt, bei den im Betreff genannten Gemeinden baldmöglichst das Gründungsinteresse für eine gemeinsame Geothermiegesellschaft zu erkunden und ggf. zu wecken.

Im Falle allseitigen Interesses erarbeitet die Verwaltung in Abstimmung mit diesen Partnern den Entwurf eines Gesellschaftsvertrages zur Vorlage in der nächstmöglichen Sitzung.



abgelehnt

Ja 1 Nein 13 Anwesend 14

TOP 13	Verbesserung des ÖPNV-Angebots im Landkreis; Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 25.02.2022
--------	---

2022/0655

Der Landrat informiert, dass der Antragsteller zu Beginn der Sitzung eine Vertagung des Tagesordnungspunktes trotz der Erkrankung des Sachbearbeiters abgelehnt und auf die Beratung bestanden habe.

KR und Antragsteller Manfred Schmidt erläutert den Antrag der AfD-Kreistagsfraktion zur Verbesserung des ÖPNV-Angebots im Landkreis und bittet um Zustimmung des Prüfauftrages.

Der Landrat verliest die Empfehlung der Verwaltung aus der versandten Sitzungsvorlage, der er sich anschließt:

„Aufgrund des schon guten und in den nächsten Jahren durch die Umsetzung des Nahverkehrsplans noch besseren Angebots im ÖPNV, empfiehlt die Verwaltung ein On-Demand Angebot, wie es im Landkreis Hof vorzufinden ist nicht weiter zu verfolgen.

Bei Versorgungslücken im ÖPNV empfiehlt die Verwaltung aktuell eine Umsetzung der schon von MVV Consulting ausgearbeiteten Ruftaxiangebote dem ULV Ausschuss zur Entscheidung vorzulegen. Gegebenenfalls können Erfahrungen aus dem Pilotprojekt des Landkreises München einfließen.“

Es folgt keine weitere Wortmeldung.

Der Landrat stellt den Antrag der AfD-Kreistagsfraktion zur Abstimmung.

Der ULV-Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

Abstimmung über den Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 25.02.2022:

Die Verwaltung wird beauftragt, alsbald zu prüfen, inwieweit das sog. „Hofer Landbus-Konzept“ mit erforderlichen spezifischen Änderungen für unseren Landkreis übernommen werden kann und die dem Antrag beigefügten Förder-Richtlinien für ein evtl. „Ebersberger Landbus-Konzept“ anwendbar sind.

Das Prüfungsergebnis ist dem ULV-Ausschuss in seiner nächstfolgenden Sitzung vorzulegen.



abgelehnt

Ja 1 Nein 12 Anwesend 13

TOP 14	Aufhebung der Nr. 2 des ULV-Beschlusses zu TOP 6 Ö vom 06.10.2021; Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 10.03.2022
--------	---

2022/0659

Der Landrat erteilt KR und Antragsteller Manfred Schmidt das Wort, der den Antrag der AfD-Kreistagsfraktion zur Aufhebung der Nr. 2 des ULV-Beschlusses zu TOP 06 ö vom 06.10.2021 mit dem dortigen Wortlaut „Die Verwaltung wird beauftragt, die Anregungen von Prof. Dr. Schöbel bei der Modifizierung der LSG-Verordnung zu berücksichtigen.“ erläutert. Als Begründung wird die Verbindung (Kandidatur) von Herrn Prof. Dr. Schöbel zur Partei Bündnis 90/Die Grünen, die für die Verwirklichung von Windenergieanlagen im Landschaftsschutzgebiet Ebersberger Forst eintrete, genannt. KR Manfred Schmidt stellt die Frage, ob ein ausgewiesener Befürworter der fünf Windkraftanlagen im Ebersberger Forst, als Gutachter in dieser Sache für den Landkreis Ebersberg herangezogen werden soll.

Der Landrat begrüßt den anwesenden Herrn Prof. Dr. Schöbel.

KR Thomas von Sarnowski erklärt, dass der Kreistag mit einer fast 2/3 Mehrheit den Beschluss gefasst habe, Windkraftanlagen im Ebersberger Forst zu bauen und die Bürgerinnen und Bürger hierzu zu befragen. In dem Auftrag an Prof. Dr. Schöbel ging es um das „Wie“, denn über das „Ob“ haben die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises entschieden, so KR von Sarnowski. Er bedankt sich bei Prof. Dr. Schöbel für die gute Visualisierung und für die gute Überlegung zur Zonierung.

KRin Bianka Poschenrieder bedankt sich bei der Verwaltung, dass sie professionelle Wissenschaftlicher, wie Prof. Dr. Schöbel, für Untersuchungen/Gutachten auswähle.

Der Landrat stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der ULV-Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

Abstimmung über den Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 10.03.2022:

Antrag auf Aufhebung der Nr. 2 des ULV-Beschlusses zu TOP 6 ö vom 06.10.2021 mit dem dortigen Wortlaut „Die Verwaltung wird beauftragt, die Anregungen von Prof. Dr. Schöbel bei der Modifizierung der LSG-Verordnung zu berücksichtigen.“



abgelehnt

Ja 1 Nein 11 Anwesend 12

TOP 15	Sonnenlandkreis Ebersberg - Solarenergie auf allen kreiseigenen Gebäuden nutzen; Antrag Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 13.03.2022
--------	---

2022/0666

Der Landrat schlägt vor, den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zum ‚Sonnenlandkreis Ebersberg; Solarenergie auf allen kreiseigenen Gebäuden nutzen‘ in den zuständigen LSV-Ausschuss weiterzugeben.

KR und Antragsteller Thomas von Sarnowski verweist auf den Grundsatzbeschluss von 2009, der nicht im LSV-Ausschuss, sondern im Kreis- und Strategieausschuss gefasst wurde. Ihm stelle sich die Frage, ob die im Antrag geforderte Erneuerung und Erweiterung des Grundsatzbeschlusses tatsächlich im LSV-Ausschuss erfolgen müsse, denn seines Erachtens sei für den Grundsatzbeschluss und dem technischen Upgrade der ULV-Ausschuss, aufgrund seiner Themen zu Umwelt- und Klimafragen, und der LSV-Ausschuss für die Umsetzung an den Liegenschaften zuständig.

Brigitte Keller erklärt, dass die Zuständigkeit für die Liegenschaften des Landkreises beim LSV-Ausschusses liegt -als auch die Budgetverantwortung. Das Liegenschaftsamt sei Kenner und vor allem Verantwortlicher für die Gebäude und deren Sicherheit, daher gestalte es sich schwierig, wenn der ULV-Ausschuss Empfehlungen für den LSV-Ausschuss ausspreche, so Brigitte Keller und verweist auf die LED-Diskussion.

Der Landrat erklärt, dass es um die Zuständigkeit der Ausschüsse gehe und er den Antrag an den zuständigen LSV-Ausschuss verweisen wolle, um darüber dort nächste Woche zu beraten; dem folgt keine Gegenrede.

Der Landrat stellt den Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage zur Abstimmung.

Der ULV-Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

Der Antrag von Bündnis 90 /Die Grünen wird an den zuständigen LSV-Ausschuss verwiesen. Dort wird der Antrag am 06.04.2022 behandelt.



angenommen

Ja 10 Nein 3 Anwesend 13

TOP 16	VERTAGT_EBE 13 - Verkehrssituation und Schulweg in Glonn, Feldkirchner Straße; Antrag Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 13.03.2022
--------	---

2022/0657

Der Tagesordnungspunkt wurde vom Antragsteller vertagt.

TOP 17	Bekanntgabe von Eilentscheidungen
--------	-----------------------------------

keine

TOP 18	Informationen und Bekanntgaben
--------	--------------------------------

keine

TOP 19	Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung
--------	---

Michael Ottl, wissenschaftlicher Rechtsberater und Leiter Büro des Landrats verliest die noch nicht veröffentlichte Ziffer 5 des fünfstufigen Beschlusses aus der Sitzung des ULV-Ausschusses vom 09.02.2022 TOP 15 nö.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Rechtsanwaltskanzlei Graml & Kollegen Regensburg mit der rechtlichen Begleitung des Verfahrens ‚Windkraft im Ebersberger Forst‘ zu beauftragen.

TOP 20	Anfragen
--------	----------

Der Landrat informiert über die schriftliche Anfrage der Bayernpartei zu ‚Potential von Wasserkraftwerken im Landkreis‘, die als Tischvorlage (Anlage 14 zum Protokoll) zusammen mit der Antwort ausliegt.

Der Landrat stellt keine weitere Anfrage fest.

Ende des öffentlichen Teils um 18:10 Uhr.

Ende der Niederschrift der öffentlichen Sitzung.